



NIEDERSACHSEN vorwärts

MAI 2011 | WWW.SPD-NIEDERSACHSEN.DE

EDITORIAL



LIEBE GENOSSINNEN, LIEBE GENOSSEN,

wenn Frauen weniger verdienen als Männer, sind sie selber daran schuld. Das zumindest ist die Position von CDU und FDP – Lohnungleichheit ist aus ihrer Sicht das Ergebnis schlechter Verhandlungsführung. Fernab der Tatsache, dass sich Millionen Frauen durch dieses Argument verhöhnt vorkommen müssen, verkennen CDU und FDP, dass es die Aufgabe der Politik ist, dem Gleichbehandlungsgrundsatz umfassend Geltung zu verschaffen!

Die SPD in Niedersachsen unterstützt daher den erneuten Vorstoß der SPD-Bundestagsfraktion für ein Entgeltgleichheitsgesetz. Es macht keinen Sinn, weiter auf die Einsicht der Unternehmen und auf schnöde Absichtserklärungen der Wirtschaft zu vertrauen. Wer Frauen bei gleicher Tätigkeit schlechter bezahlt als die männlichen Kollegen, gehört bestraft. Voraussetzung hierfür ist eine höhere Transparenz über die Gehaltsstrukturen in den Unternehmen. Es ist gut, dass die SPD die Regierung auch in dieser Frage unter Druck setzt.

Euer

Olaf Lies
Landesvorsitzender

STARKE KOMMUNEN – STARKES LAND

SPD steht für eigenverantwortliche Lokalpolitik ohne staatliche Bevormundung

Von Franz Einhaus, Landrat des Landkreises Peine und SGK-Landesvorsitzender

Am 11. September sind die Bürgerinnen und Bürger in Niedersachsen zur Kommunalwahl aufgerufen. Für die niedersächsische SPD ist es eine besondere Wahl. Wie wir es in unseren kommunalpolitischen Leitlinien festgehalten haben, wollen wir mit Überzeugung, Zuversicht und einem engagierten Wahlkampf erneut zur bestimmenden kommunalpolitischen Kraft in Niedersachsen werden.

In unseren Gemeinden, Städten und Kreisen ist die Politik den Bürgerinnen und Bürgern nahe und ihnen unmittelbar verantwortlich. Hier können die Menschen die Aufgabenerfüllung durch Rat, Kreistag und Verwaltung direkt erleben und täglich wahrnehmen, ob gemachte Zusagen eingehalten werden.

Kommunen als »Kümmerer«

Sozialdemokratische Kommunalpolitik ist bestrebt, lebenswerte Städte und Gemeinden zu schaffen und zu erhalten. Neben der notwendigen Verwaltung unseres Gemeinwesens stellt die aktive Gestaltung und nachhaltige Verbesserung des Lebens-, Arbeits- und Wohnumfeldes der Bürgerinnen und Bürger in den niedersächsischen Kommunen für uns die zentrale Herausforderung dar. In einer sich zunehmend schneller wandelnden Gesellschaft bieten die Kommunen den Menschen Vertrautheit und Heimat und sind als »Kümmerer« erster und wichtigster Ansprechpartner vor Ort.

Gestaltungsspielräume stärken, Leitbild für Kommunen entwickeln

Ein Blick in unsere Leitlinien zeigt: Wir wollen eine lebendige lokale Demokratie, die die Angelegenheiten der örtlichen Ebene eigenverantwortlich und ohne staatliche Bevormundung regeln kann. Wir wollen, dass die Mitglieder der Räte und Kreistage,



Rathaus Laatzten Foto: privat

die Bürgermeister und Landräte ausreichende Gestaltungsspielräume für ihr politisches Handeln bekommen.

Hierzu fehlt auf Landesebene eine geeignete Funktionalreform mit einem zukunftsweisenden Leitbild für die Kommunen, obwohl dies im so genannten Zukunftsvertrag mit den kommunalen Spitzenverbänden vereinbart wurde. Auch gelingt es dem Land nicht, endlich die Förderprogramme ressortübergreifend so auszugestalten, dass diese an den Ursachen in den strukturschwachen Kommunen ansetzen und damit eine dauerhafte Entschuldung in Aussicht gestellt werden kann. Es darf nicht sein, dass einige von der demografischen Entwicklung besonders betroffene Gebiete von der wirtschaftlichen Entwicklung abgekoppelt und zu Armutsregionen werden.

In diesem Zusammenhang wird es eine herausragende Anforderung bzw. Herausforderung sein, für die Zukunft genügend gut qualifizierte Fachkräfte als entscheidenden Standortfaktor anbieten zu können. Auch deswegen ist es einer der wichtigsten Aspekte sozialdemokratisch

Fortsetzung auf Seite 2

Im Niedersachsen-vorwärts:
»TiL – Themen im Landtag«
(Mittelteil Seiten 1–4)



Franz Einhaus,
Landrat des Landkreises Peine
und SGK-Landesvorsitzender

Fortsetzung von Seite 1

geprägter Kommunalpolitik, darauf hinzuwirken, die Schulform der Integrierten Gesamtschule in Niedersachsen als Regelschule zu etablieren.

Gesamtschulen und Ganztagsangebote ausbauen

Denn trotz allen Wirbels um die Einführung der Oberschule entsteht der Eindruck, dass Integrierte Gesamtschulen weiterhin faktisch verhindert werden sollen. Dem Wunsch der Eltern nach ganztägigem, gemeinsamem Lernen über lange Jahre hinweg wird nicht Rechnung getragen.

Und es entsteht auch der Eindruck, dass die Landesregierung den Zulauf zu Gesamtschulen gezielt verhindern will, um so der Schulform, die immer stärker angenommen wird, bewusst zu schaden.

Es muss uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten weiter darum gehen, in Niedersachsen an einem Schulangebot zu arbeiten, das für eine moderne, zeitgemäße Lehr- und Lernkultur steht, für die Verzahnung von Unterricht und außerunterrichtlichen Angeboten sorgt, sowie mehr

individuelle Förderung aller Schülerinnen und Schüler sicherstellt. Mit sozialdemokratisch dominierten Kommunen als Schulträger können wir einen wegweisenden Schritt in diese Richtung gehen!

Politisches Ehrenamt attraktiver gestalten

Eines liegt mir persönlich ganz besonders am Herzen: So wie wir bemüht

sind, die Belange von Familie und Beruf in Einklang zu bringen, so müssen wir auch Engagement im Beruf mit kommunalpolitischer Betätigung stärker vereinbar machen. Nur so können wir engagierte und kompetente Persönlichkeiten finden, die angesichts der immer anspruchsvoller werdenden Aufgabenstellungen dazu bereit sind, sich ehrenamtlich politisch einzubringen! ■

SGK NIEDERSACHSEN GIBT WAHLKAMPF-HANDBUCH ZUR KOMMUNALWAHL 2011 HERAUS

Rechtliche und taktische Ratschläge für SPD-Gliederungen

AUSZUG AUS DEM INHALTSVERZEICHNIS:

1. **Wahlen zum Rat/Kreistag;** Termine und Fristen; Wahlsystem; KandidatInnen-Auswahl; Parteimitgliedschaft erforderlich?; Zusammensetzung der Delegiertenversammlung; Ablauf der Wahlkonferenz; Aktives und passives Wahlrecht u.v.m.
2. **Wahlen von Hauptamtlichen BürgermeisterInnen und LandrätInnen**
Versorgung; Wahlkampf und Finanzamt; Wahlkampfspenden u. v.m.
3. **Wahleinspruch,**
4. **Starke und zukunftsfähige Kommunen in Niedersachsen**

Das Handbuch wird als Broschüre versandt und kann bei manfred.puehl@spd.de bestellt werden. Der Unkostenbeitrag incl. Versand beträgt 5,00 Euro.



Kurt-Peter Christophersen ist ein erfahrener Schreiber und Niedersachsen-Kenner. Er wirft regelmäßig einen satirischen Blick auf die Landespolitik.

So schnell kann man gar nicht gucken, wie die FDP sich schwenkt, wendet und windet. Kaum hat ein grüner Spießier namens Wilfried Kretschmann in Baden-Württemberg den bisherigen schwarzen Hammer namens Stefan Mappus das Fürchten gelehrt, wird der den Schwarzen zugetane gelbe Umweltminister in Niedersachsen mutig. Der Kretschmann solle sich schleunigst in seinem Ländle nach Endlager-Standorten für den Atom Müll umsehen, fordert Hans-Heinrich Sander. Das hätte er bei Mappus nie gewagt. Aber nach Fukushima ist sowieso alles anders. Auch Sanders Regierungschef David McAllister findet Gorleben als mögliches Atom Müll-Grab nicht mehr so toll.

Aber keine Bange, die erdverwachsenen Niedersachsen werden schon eingefangen. Die vier großen Stromer Eon, RWE, EnBW und Vattenfall zeigen, wo es lang geht. Sie streichen einfach die Kohle für die regenerativen Energien, weil die Politiker in Sachen Atom ein bisschen bockig werden.

Da loben wir uns doch die Glücksspiel-Industrie. Damit dieses dämliche Lotto-Monopol des Staats endlich dem freien Spiel der Marktsäfte Platz macht, lädt die Spiel-Lobby ausgesuchte Politiker in ein Luxus-Hotel auf die deutsche Zentralinsel der Schicki Mickis ein, damit sie lernen, welche wichtige Rolle das Glück spielt. Der offenbar sehr lernfähige FDP-Wirtschaftsminister von Niedersachsen sagt denn auch dankbar nach der Tagung auf Sylt: »Es war für mich lehrreich und hilfreich«. Jörg Bode war als Referent geladen, um »in einem sehr

exklusiven Kreis die Weichen für die Zeit eines politisch liberalisierten Marktes für Sportwetten und Online-Poker (zu) stellen«. Das ist ein sehr feiner Einladungstext. So etwas würde den Atombossen nie und nimmer einfallen. Noch feiner ist der Trick, die Hotelkosten von einer Zeitschrift übernehmen zu lassen. Die 250 Euro für die Übernachtung löhnte ein Spezialorgan mit dem schönen Namen »Sponsor's«. So steht Bode immer noch besser da, als sein FDP-Freund Rainer Brüderle. Der Bundeswirtschaftsminister hatte sich bei Managern angebedert und in Sachen Atomkraft auf die bescheuerten Wähler verwiesen, denen man eben nicht die volle Wahrheit sagen dürfe. So was kommt natürlich raus, und sei es per Protokoll. Der Protokollführer musste gehen. Brüderle blieb ziemlich belämmert zurück.

Da ist es doch besser, sich von einer Zeitschrift sponsern zu lassen. Kein Mensch wird sich aufregen, wenn der Finanzminister als sachverständiger Referent in einem Seminar auftritt zum Thema »Wer schlüpft durchs Steuerloch?« und im Komfort-Tresor der Deutschen Bank übernachtet, bezahlt vom Organ »Geld Magazin«. Auch der Landwirtschaftsminister muss sich nicht schämen, wenn er in einem Heu Hotel übernachtet, um »in einem sehr exklusiven Kreis die Weichen für die Zeit eines politisch liberalisierten Marktes für Ferien auf dem Putenschlachthof zu stellen«, gesponsert vom Fachmagazin »Gefiederte Welt«.

Schon gar nicht ist es anstößig, wenn der Vorzeige-Niedersachse Philipp Rösler sich intensiv auf seine künftige Aufgabe als FDP-Bundeschef vorbereitet, indem er über die Nordseewellen gleitet. Denn der bisherige Oberliberale Guido Westerwelle schwärmte einst von sich: »Auf jedem Schiff, ob's dampft, ob's segelt, gibt es einen, der die Sache regelt. Und das bin ich«. Das Segler-Organ »Segeln« sponsert Röslers Ritt über die Wellen. Und der erst nicht ohne Tücken. »Wir können unseren Schwenkkel nicht ganz nach Luv schwenken«, schrieben jüngst zwei Segelkameraden. Das dürfte dem künftigen FDP-Chef aber nicht schwer fallen. Im Schwenken stellt die FDP jeden Segler in den Windschatten.

Kurt-Peter Christophersen

Impressum

Herausgeber:
SPD Niedersachsen
Verantwortlich: Michael Rüter
Redaktion: Remmer Hein,
Christoph Matterede,
Lothar Pollähne,
Sebastian Schumacher
Anschrift: Odeonstraße 15/16,
30159 Hannover
E-Mail: lopo.vorwaerts@gmx.de
Layout & Satz: Anette Gilke
mail@AnetteGilke.de

»NOTWENDIGER BESTANDTEIL UNSERER DEMOKRATIE«

50 JAHRE PERSONALVERTRETUNGSGESETZ IN NIEDERSACHSEN

Die GdP feierte ihren Kampf für die Interessen der Polizeibeschäftigten – Der Innenminister glänzte durch Abwesenheit – Volkswagen unterstützt die »Sternfahrt für Zivilcourage«

von Sebastian Schumacher

Wo liegt das Hackebeil des »Schlächters von Hannover« Fritz Haarmann? Wo erfährt die oder der Geschichtsinteressierte etwas über die Rolle der Polizei im Nationalsozialismus? Und wie sieht eigentlich ein »Polizeikäfer« aus? Antworten liefert die Polizeigeschichtliche Sammlung, gelegen am »Telefunkenkreisel« in Hannovers Süden. Die dem DGB angehörende Gewerkschaft der Polizei (GdP), hatte sich passgenau diesen Ort der Geschichte ausgesucht, um 50 Jahre Personalvertretung in der Polizei zu feiern. Seit 1961 haben Beschäftigte des Öffentlichen Dienstes in Niedersachsen durch das Personalvertretungsgesetz eine rechtliche Grundlage, um ihre Interessen gegenüber dem Dienstherrn durchzusetzen und abzusichern. »Diskussionen sind notwendiger Bestandteil der Demokratie – gerade auch in der Polizei«, machte der GdP-Landesvorsitzende Dietmar Schilff auf der Festveranstaltung deutlich. Für eine gute Streitkultur stehe die GdP, die seit Beginn der organisierten Interessenvertretung von Polizistinnen und Polizisten die Mehrheit im Polizeihauptpersonalrat, in den Bezirkspersonalräten und in fast allen örtlichen Personalvertretungen stellt. Die praktische Hilfe und Unterstützung für die Kolleginnen und Kollegen in den Dienststellen stehe im Mittelpunkt dieser Arbeit, so Schilff. »Und diese Hilfe mussten viele schon nutzen. Wollte man alle Kolleginnen und Kollegen, die die Unterstützung der GdP und der Personalräte in Anspruch genommen haben, im Stadion von Hannover 96 unterbringen – es wäre zu klein dafür.« Ob sich die Personalvertretung auch beim Dienstherrn derselben Beliebtheit erfreut, wie bei den Beschäftigten, blieb bei der Feierstunde offen. So hatte Innenminister Uwe Schünemann von der CDU offenbar wichtigere Termine. Oder er kniff: Vor dem Besuch der Polizeigeschichtlichen Sammlung, deren Schließung er zum Sommer 2011 veranlasste, oder vor der Kritik seiner derzeitigen mangelhaften Beteiligung des Polizeihauptpersonalrates oder an seiner Sprachlosigkeit der größten Polizeiinteressenvertretung GdP gegenüber.

Der guten und kämpferischen Stimmung tat das allerdings keinen Abbruch, konnte Gastredner Bernd Osterloh die Anfrage von Dietmar Schilff auf Unterstützung von Volkswagen für eine Sternfahrt der GdP zum Thema Zivilcourage im

August diesen Jahres doch positiv beantworten: 20 Busse stellt VW nach Worten des Vorsitzenden des Gesamt- und Konzernbetriebsrates für die Aktion zur Verfügung. Osterloh machte klar, worum es bei der Beteiligung der Beschäftigten geht, ob nun bei Volkswagen oder bei der Polizei: »Das Menschbild ist entscheidend. Arbeitnehmer wollen nicht nur informiert sein, sondern sie wollen mitentscheiden. Es gehört zu unserem Verständnis unseres Menschenbildes, dass die Menschen über die Verhältnisse, in denen sie leben, mitbestimmen wollten.«

Damit traf auch Osterloh den Ton bei den über 100 anwesenden Gästen aus allen Polizeipersonalräten und vom GdP-Landesvorstand, aus der Polizeiführung, der befreundeten Gewerkschaften, beim GdP-Bundesvorsitzenden Bernhard Witthaut und auch bei Sigrid Leuschner, die für die SPD-Landtagsfraktion vor Ort war. Und auch wenn an genau diesem Ort das berühmteste und grausigste Hackebeil Hannovers in Zukunft nicht mehr besichtigt werden kann, machte Dietmar Schilff keinen Hehl aus seiner Überzeugung, dass diese »Superausstellung« bald an einem

anderen Standort zugänglich sein wird – darauf werde die GdP jedenfalls weiterhin dringen. ■



Der 49-jährige in Braunschweig geborene und dort lebende Sozialdemokrat Dietmar Schilff wurde auf einem außerordentlichen Delegiertentag der GdP Ende Januar mit 95% zum Landesvorsitzenden der GdP gewählt. Seit 1994 war er stv. Landesvorsitzender. Die Nachwahl wurde nötig, weil der langjährige Landesvorsitzende Bernhard Witthaut im November 2010 zum Bundesvorsitzenden gewählt wurde.

VORSTELLUNG DIREKTBEWERBERINNEN UND -BEWERBER

In dieser und den nächsten Ausgaben des Niedersachsen-Vorwärts stellen wir Direktbewerberinnen und Direktbewerber für den Kommunalwahlkampf 2011 vor.



ALEXANDER HOPPE
Bürgermeisterkandidat für Königslutter am Elm

»Den Menschen zuhören, ist für mich eine wichtige Leitlinie, um die Politik an den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger ausrichten zu können.«



KLAUS SIDORTSCHUK
Bürgermeister für Lehrte

»Mit Kompetenz und Bürgernähe stehe ich für solide Finanzen und einen starken Wirtschaftsstandort, für gute Bildung und eine familienfreundliche Stadt, in der man zu Hause ist und sich wohlfühlt.«

GdP zur Kommunalwahl: »Sicherheit in den Städten und Gemeinden gehört ins kommunalpolitische Programm«

Gegenüber dem vorwärts erläuterte GdP-Chef Dietmar Schilff die Forderungen seiner Gewerkschaft für die Kommunalwahl: »Die GdP fordert alle politischen Parteien auf, in ihren kommunalpolitischen Programmen zur Kommunalwahl 2011 das Thema »Sicherheit in den Kommunen« als einen wichtigen Baustein mit einfließen zu lassen. Städtebauliche Maßnahmen müssen getroffen werden, damit die Bürgerinnen und Bürger nicht nur nach den nackten Zahlen relativ sicher sind, sondern sich in Niedersachsen auch sicher fühlen können. Dazu gehören helle Städte und Gemeinden genauso, wie die Möglichkeit möglichst lange mit einem sicheren ÖPNV in die Stadtteile und Dörfer zu gelangen. So genannte Angsträume müssen minimiert werden, auch in Parkhäusern, Durchgängen und Unterführungen. Ebenso ist die Sauberkeit einer Kommune ein wichtiger Indikator für das Sicherheitsempfinden der Menschen. Auch wenn die Polizei vor Ort dringend verstärkt und verjüngt werden müsse, sie kann nicht alleine zuständig sein. Ein Netzwerk aus Verwaltung, Polizei, Verbänden und Vereinen muss errichtet werden.«



Prof. Rolf Wernstedt

LITERATURHINWEISE:

Peter Merseburger:
»Der schwierige Deutsche.
Kurt Schumacher«,
Stuttgart 1995

Kurt Schumacher:
»Wir verzweifeln nicht«,
Rede 6. 5. 1945,
Hannover 1985

Matthias Loeding:
»Otto Grotewohl kontra
Kurt Schumacher. Die
Wenigser Konferenz vom
Oktober 1945.«
Hamburg 2004

**HERAUS
ZUM 1. MAI**

Auch in diesem Jahr finden die Kundgebungen zum 1. Mai in Niedersachsen mit prominenter Beteiligung statt. Der DGB-Landesbezirksvorsitzende **Hartmut Tölle** spricht in **Papenburg**, der stellvertretende ver.di-Bundesvorsitzende **Frank Werneke** in **Emden**. Hauptrednerin in **Hannover** ist IGM-Vorstandsmitglied **Helga Schwitzer**. In **Wolfsburg** spricht DGB-Bundesvorstandsmitglied **Dietmar Hexel** und in **Göttingen** der neu gewählte ver.di-Landesleiter **Detlef Ahting**. In **Lehrte** schließlich geht der Bundestagsabgeordnete **Matthias Miersch** ans Rednerpult. ■

»WIR SIND DIE VERTEIDIGER DER DEMOKRATIE«

Nach der Gründung der SED am 22. April 1946 wählte die West-SPD am 9. Mai in Hannover Kurt Schumacher zum Vorsitzenden

Von Prof. Rolf Wernstedt

In der bald 150jährigen Geschichte der SPD gibt es ganz wichtige Daten und Namen, die man wegen ihrer strategischen Bedeutung für die Positionsbestimmung der Partei kennen sollte.

Kaum jemand außerhalb und nur wenige innerhalb der SPD wissen, dass zu diesen Namen auch der kleine, südlich von Hannover gelegene Ort Wennigsen gehört. Dort entschied sich, welche Rolle und inhaltliche Stellung die deutsche Sozialdemokratie einnehmen sollte.

In der Diskussion um Freiheit und Einheit Deutschlands nach dem 2. Weltkrieg hatte die Diskussion um die Neugründung und das Selbstverständnis der Sozialdemokratie eine fundamentale Bedeutung.

Als im Jahre 1945 nach der bedingungslosen Kapitulation der Wehrmacht und der Zerschlagung des Nationalsozialismus die Westmächte noch keine klare Vorstellung von der zukünftigen politischen Gestalt Deutschlands hatten, war es ein klares sowjetisches Ziel, die beiden großen Parteien der deutschen Arbeiterbewegung, die SPD und KPD, auf ihre Seite zu ziehen. Die Sowjetunion wollte nicht nur eine Wiederholung eines aggressiven Deutschland verhindern, sondern zugleich ihre durch den Krieg errungene Vormachtstellung in den von ihr befreiten Gebieten Ländern Europas sichern und ausbauen.

Deshalb hatte sie der Wieder-Gründung der KPD und SPD in ihrer Zone schon im Juni 1945 zugestimmt. Auf die KPD hatte sie direkten Einfluss, auf die SPD zunächst nicht. Aber in dem ehemaligen Braunschweiger Minister Otto Grotewohl fand sich ein bekannter und fähiger Sozialdemokrat, der die Einheitsidee der Arbeiterparteien aufgriff und diese Einheit als Lehre aus dem Faschismus in Deutschland verstand. Otto Grotewohl wurde Vorsitzender des Zentralausschusses der SPD in der SBZ und arbeitete auf die Vereinigung mit der KPD hin.

Im Westen hatte sich Kurt Schumacher noch vor der Kapitulation am 6. Mai in Hannover in einer Grundsatzrede in der Kantine der Hanomag für die Neugründung ausgesprochen. Für ihn war die Entwicklung zu einer demokratischen Partei und eine scharfe Abgrenzung zu den für die deutsche Katastrophe verantwortlichen Bürgerparteien selbstverständlich. »Es ist eine fatale Eigenschaft des deutschen Besitzes, daß der lieber das Leben seiner Söhne im Kriege opfert, als im Frie-

den Steuern zu zahlen und Macht abzutreten«, sagte er erstaunlich radikal. Er glaubte, durch seine Bewährung im KZ ein moralisches Recht für diese Position zu haben. Es gehörte zu seinen Irrtümern, dass er glaubte, seine moralische Rigidität müsste in Deutschland mehrheitsfähig sein. Er unterschätzte die subkutan wirkende Schuldverstrickung vieler Deutscher.

Aber auch gegenüber der seit seiner Gründung mit dem bolschewistischen Russland und der Sowjetunion verbündeten KPD bewahrte Schumacher kritische Distanz. Es gehörte zu seinen Grundsätzen, dass eine deutsche sozialdemokratische Partei außenpolitisch nicht die Interessen der Sowjetunion vertreten dürfe und innenpolitisch der Demokratie verpflichtet sein müsse. Die Differenz zur KPD bestand in sozialen und wirtschaftlichen Fragen nicht so grundsätzlich. Die Sozialisierung von Banken, Montanindustrie und Monopolen war damals in Deutschland bis zur CDU populär.

Da die von Schumacher initiierte SPD in Hannover und der britischen Zone ihren Organisationsschwerpunkt hatte, wurde eine zentrale Gründung ins Auge gefasst. Über die Gestalt dieser neuen Partei gab es anfänglich sehr diffuse Vorstellungen. Das reichte bis zu eher rechten Strömungen aus der christlichen Tradition oder bis zur sofortigen Vereinigung mit der KPD.

Am 5. und 6. Oktober 1945 trafen sich Abgesandte (etwa 20) aus ganz Deutschland in Wennigsen. Man sprach damals von der »Reichskonferenz«, aber dies war sie nur in Ansätzen.

Aus der SBZ war Otto Grotewohl ange-reist, Kurt Schumacher hatte eine gute Legitimation mit seinen 40 Delegierten aus der britischen Zone. Schumacher hatte eingeladen, um praktisch zu erkundschaften, ob trotz aller Verschiedenheiten etwas gemeinsam getan werden könnte. Dabei ging Schumacher davon aus, dass es im Osten und Westen unterschiedliche politische und wirtschaftliche Lebensumstände gab, die jeder auf seiner Seite berücksichtigen muss. Dies ist die Absage an ein vorzeitiges einheitliches Organisationsschema und vor allem des Führungsanspruchs des Zentralen Ausschusses mit Grotewohl an der Spitze, obwohl er immer gesamtdeutsch denkt und die Einheit des Reiches im Blick behält.

Als Otto Grotewohl in klugen und schmeichelnden Sätzen die Einheit der

SPD in Ost und West beschwor und dafür den in Ostberlin residierenden Zentralaus-schuss als richtige Adresse angab, ist Schumacher davon nicht überzeugt. Ziemlich deutlich formuliert er: »Wir deutschen Sozialdemokraten sind nicht britisch und nicht russisch, nicht amerikanisch und nicht französisch. Wir sind die Vertreter des deutschen arbeitenden Volkes und damit der deutschen Nation. Wir sind als bewußte Internationalisten bestrebt, mit allen internationalen Faktoren im Sinne des Friedens, des Ausgleichs und der Ordnung zusammenzuarbeiten. Aber wir wollen uns nicht von einem Faktor ausnutzen lassen.«

Nach vielfältigen und schwer zeitlich einzuordnenden Gesprächen kommen aber Schumacher und Grotewohl doch zu einer Einigung, in der sich beide verpflichten, »durch möglichst häufige persönliche Rücksprache und sonstigen Kurierverkehr die größtmögliche Übereinstimmung und Abstimmung der gegenseitigen Politik« sicherzustellen. Grotewohl verspricht sogar, dass eine mögliche Vereinigung mit der KPD nur eine Reichskonferenz beschließen könnte. Die ließ sich nicht realisieren. Denn die Sowjetunion hatte sich entschieden, in ihrer Zone die Vereinigung von KPD und SPD zu forcieren.

Es ist hier nicht der Platz, die ungeheuren Pressionen auf die ostdeutschen Sozialdemokraten im Einzelnen aufzuführen. Jedenfalls fühlte sich Schumacher durch das Vorgehen der Sowjetischen Besatzungsmacht in seiner Ablehnung gegenüber dem kommunistischen Machtanspruch, der nach seiner Auffassung hinter der Einheitsforderung stand, bestätigt.

Nach der Gründung der SED am 22. April 1946 in Ostberlin wählt daher ein westdeutscher SPD-Parteitag im Mai 1946 in Hannover Kurt Schumacher zum Vorsitzenden.

Die historische Bedeutung der Konferenz von Wennigsen besteht darin, die Weichen dafür gestellt zu haben, dass die Schumachersche Position der unbedingten Verteidigung der Demokratie zu den essentiellen Identitätsmerkmalen der SPD zählt. Dies hat sich in den letzten 65 Jahren nicht geändert. Die Ablehnung gegenüber dem Kommunismus und die Skepsis gegenüber einem ausufernden neoliberalen Finanzkapitalismus markieren auch heute noch die inhaltlichen Linien, die in der SPD verankert sind. ■

SOZIALDEMOKRATISCHES URGESTEIN

Walter Meyer für 65jährige SPD-Mitgliedschaft geehrt

Sozialdemokratie und Adel haben in der Geschichte selten zusammen gepasst. Dennoch werden gelegentlich Genossinnen und Genossen dem „sozialdemokratischen Adel“ zugerechnet. Zu ihnen gehört Walter Meyer, der Anfang April in Hannover für seine 65jährige Mitgliedschaft in der SPD geehrt wurde. Er stammt aus einer durch und durch sozialdemokratischen Familie. Schon sein Großvater Richard Wassermann war Sozialdemokrat und arbeitete als Agitator für den Metallarbeiter-Verband, der Vater engagierte sich im Reichsbanner. Nach Kriegsdienst und

Gefangenschaft kam Walter Meyer im Herbst 1945 nach Hannover zurück, wo er sich zunächst vor allem in der Jugendarbeit engagierte als Mitbegründer der Volksjugend Hannover der AWO, der Vorläuferorganisation der Falken. Anlaufpunkt war das „Büro Schumacher“. Mehrere Jahre lang war Walter Meyer in Hannover der „Oberfalk“. Im September 1945 trat Walter Meyer in der Gaststätte Thierry in Linden in die SPD ein. Beruflich war der Diplomverwaltungswirt von 1947 bis 1965 bei der Landeshauptstadt tätig, dann wechselte er als Sprecher ins niedersächsi-

sche Sozialministerium. Während der Albrecht-Jahre war er als Referent in unterschiedlichen Abteilungen tätig, um nach dem SPD-Wahlsieg 1990 noch einmal für ein Jahr als Pressesprecher zu arbeiten. 1968 wurde Walter Meyer in den Rat der Landeshauptstadt Hannover gewählt, dem er bis 1996 angehörte. Politisch mischt er sich bis heute ein, so als Vorsitzender des Eilenriedebeirates in Hannover. Wenn er Zeit findet, will der 82jährige seine Erinnerungen aufschreiben. Die hannöversche Sozialdemokratie darf gespannt sein. ■



Walter Meyer

Foto: Keil-Süllow

EINBERUFUNG DES SPD-BEZIRKS-PARTEITAGES WESER-EMS AM 25. JUNI 2011 IN DELMENHORST

Der SPD-Bezirksvorstand beruft hiermit den nächsten ordentlichen Bezirksparteitag **am Samstag, 25. Juni 2011, 9.30 Uhr in der COM.MEDIA in Delmenhorst** ein.

TAGESORDNUNG:

1. **Eröffnung und Begrüßung**
2. **Konstituierung des Parteitages**
 - a) Wahl eines Präsidiums
 - b) Wahl einer Mandatsprüfungs- und Wahlkommission
3. **Beschlussfassung über Tages- und Geschäftsordnung**
4. **Parteitagebericht**
 - anschl. Aussprache
5. **Berichte**
 - a) des Vorsitzenden
 - b) des Schatzmeisters
 - c) der Revisoren
 - d) Aussprache zu den Berichten
6. **Bericht der Mandatsprüfungskommission**
 - Entlastung des Vorstandes
7. **Wahlen**
 - a) der/des Vorsitzenden
 - b) der 3 Stellvertreter/innen
 - c) des / der Schatzmeisters/in
 - d) der Beisitzer/innen
 - e) der Revisoren/Revisorinnen
 - f) der Mitglieder des Parteirates
 - g) der Schiedskommission
 - h) der/des Delegierten und Ersatzdelegierten zum SPE-Kongress
 - i) der Delegierten und Ersatzdelegierten zu Bundesparteitagen
8. **Anträge und Entschlüsse**
9. **Schlusswort des/der gewählten Bezirksvorsitzenden**

Johanne Modder

Bezirksvorsitzende

Olaf Abdinghoff-Feldkemper

Bezirksgeschäftsführer

LANDESWEITE AKTION GEGEN KOMMUNALE FINANZNOT

Materialpaket »Rathaus in Ketten« für SPD-Ortsvereine

Ende Juni können die niedersächsischen SPD-Ortsvereine mit Hilfe eines Materialpakets auf die Finanznot ihrer Kommunen aufmerksam machen. Das über die Homepage des SPD-Landesverbandes (www.spd-nds.de) zu bestellende Paket enthält unter anderem Argumentationshilfen, Entwürfe für die Pressearbeit und praktische Tipps zum Bau eines symbolischen Rathauses in Ketten.

Erstellt wurden die Materialien von angehenden Kommunalpolitikerinnen und -politikern, die sich bei einem Einsteiger-Seminar der Politischen Bildungsgemeinschaft Niedersachsen e.V. (PBN) Ende 2010 kennenlernten. Sie entwickelten unter dem Titel »Kommunalpolitik gestalten« Ideen und Hilfestellungen zum Thema Finanznot, die von SPD-Ortsvereinen im aktuellen Wahlkampf einfach und sehr kostengünstig umzusetzen sind. In weite-

ren Arbeitstreffen entstand letztlich ein übersichtliches Paket mit Texten und Vorlagen, das der SPD-Landesverband nun landesweit zur Verwendung anbietet.

Hintergrund der vorgesehenen Aktionswoche rund um den 23. Juni – den internationalen Tag des öffentlichen Dienstes – ist die kommunale Finanzlage, die sich in den vergangenen Jahren zunehmend verschlechtert hat. Gleichzeitig wurden den Gemeinden, Städten und Landkreisen von der Bundes- und Landesebene immer mehr kostenintensive Pflichtaufgaben zugewiesen, so dass vor Ort oft erhebliche Einschnitte bei den freiwilligen Leistungen vorgenommen werden mussten. Um diesen Umstand in der Öffentlichkeit bekannter zu machen, kann nach Auffassung der PBN-Gruppe das erarbeitete Aktions-Paket »Rathaus in Ketten« dienen. ■

ÖFFENTLICHE VERANSTALTUNG MIT DEM RATS-VORSITZENDEN DER EKD NIKOLAUS SCHNEIDER

Zu einer öffentlichen Veranstaltung lädt der SPD-Landesverband Niedersachsen gemeinsam mit seinen Foren alle Interessierten herzlich ein:

**Freitag, 20. Mai 2011, 19.00 Uhr,
Altes Rathaus, Karmarschstraße 42, Hannover**

Es spricht: NIKOLAUS SCHNEIDER, Ratsvorsitzender der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD). Thema »Suchet der Stadt Bestes« (Jeremia 29, 7).

ANSCHLIESSEND PODIUMSGESPRÄCH MIT:

Nikolaus Schneider; **Karl Ravens**, (MdB 1961 bis 1978, Bundesminister für mit Raumordnung, Bauwesen und Städtebau von 1974 bis 1978, MdL von 1978 bis 1990, Vorsitzender der nds. SPD-Landtagsfraktion von 1978 bis 1986, Mitglied der Synode der EKD von 1979 bis 1990); **Caren Marks** (Mitglied im Rat der Gemeinde Wedemark, MdB und Sprecherin der Arbeitsgruppe Familie, Senioren, Frauen und Jugend); **Gabriele Lösekrug-Möller** (zugleich Moderation) (Kreistagsabgeordnete im Landkreis Hameln-Pyrmont, MdB, stellv. SPD-Landesvorsitzende)

Die Veranstaltung wird beendet von **Olaf Lies** MdL und Landesvorsitzender der SPD Niedersachsen. Er wird zur Gründung eines Arbeitskreises Christen in der SPD aufrufen.

FRÜHSCHOPPEN ZUM EUROPATAG

Gute Arbeit und soziale Gerechtigkeit mit Europa?

Sonntag, 08. Mai 2011,

11.00–13.00 Uhr

Lichthof im Künstlerhaus

Sophienstraße 2, Hannover

Wir laden herzlich ein zu einem Europapolitischen Frühschoppen mit spannenden Impulsen und einem kleinen Imbiss. Mit **Jutta Blankau**, Senatorin für Stadtentwicklung und Umwelt, Hamburg; **Peter Scherrer**, Generalsekretär, Europäischer Metallgewerkschaftsbund (EMB), Brüssel; **Bernd Lange** MdEP, Berichterstatter Europäische Industriepolitik

ANMELDUNGEN:

mail@bernd-lange.de

Telefon 0511-1674210,

www.bernd-lange.de



Matthias Groote MdEP

EHRGEIZIGE KLIMA- UND ENERGIEPOLITIK NUR MIT SOZIALER FOLGEABSCHÄTZUNG

Von Matthias Groote

Die jüngsten schrecklichen Ereignisse in Japan führen uns einmal mehr sehr deutlich vor Augen, dass die europäische Energiepolitik vor einer großen Herausforderung steht und ein Umdenken zwingend notwendig ist. Es gibt keine Alternative als das Ende des fossilen Zeitalters rasch einzuläuten, um einen ökologischen Strukturwandel herbeizuführen. Stresstests hin oder her, der Einsatz von Atomenergie bleibt ein unüberwindbares Restrisiko.

Der Abschied von Kohle, Öl, Gas und Atomkraft ist technisch machbar. Deshalb müssen wir den Übergang ins Zeitalter der Erneuerbaren Energien poli-

Sicherheitsbestimmungen festgelegt werden.

Die Förderung von Energieeffizienz, Energieeinsparungen, Weiterentwicklung der Energienetze und Energieversorgungssicherheit sind im Lissabon-Vertrag fest verankerte Ziele, die darauf warten mit Leben gefüllt zu werden.

Die Europäische Kommission versucht dies mit der Veröffentlichung einiger Mitteilungen im Bereich der Energie- und Klimapolitik, die zwar in die richtige Richtung gehen, aber genauestens analysiert und viel konkreter werden müssen.

Vorgestellt wurde zum einen der Fahrplan für eine kohlenstoffarme Wirtschaft bis 2050 («Klimaroadmap»), die den kostengünstigsten Weg zur Verwirklichung des unverbindlichen EU-Ziels, die Treibhausgas-Emissionen bis 2050 um 80 bis 95 Prozent gegenüber 1990 zu senken, beschreibt. Hierzu sollen im nächsten Schritt sektorspezifische Fahrpläne vorgelegt werden. Es werden nationale und regionale CO₂-Reduzierungsstrategien formuliert und langfristige Investitionen eingefordert. Der Handlungsbedarf sei laut Kommission groß. Allerdings kann es keine seriöse Klimapolitik sein, immer ambitioniertere Prozentziele zu formulieren und sich gegenseitig zu überbieten, ohne die entscheidenden Instrumente und auch Strategien darzulegen, wie diese Ziele überhaupt erreicht werden können. Die Kommission setzt nur einen mittel- bis langfristigen Rahmen.

Darüber hinaus wurde der Energieeffizienzplan veröffentlicht, worin Maßnahmen zur Verringerung des Energieverbrauchs in der EU um 20 Prozent bis 2020 festgelegt wurden. Im Gebäudebereich und in der Industrie, die zusammen für nahezu 70 Prozent des Primärenergieverbrauchs in der EU verantwortlich sind, liegen die Schwerpunkte zur Erhöhung der Energieeffizienz, die unsere größte ungenutzte Energiequelle darstellt. Die Kommission bleibt auch hier wieder hinter den geforderten Erwartungen zurück. Wenig Konkretes, wenig Neues und Verzögerungen, die wir uns nicht leisten können. Weitere Produkte in die Kennzeichnung des Energieverbrauchs aufzunehmen reicht bei weitem nicht aus. Gerade im Effizienzbereich muss das Potenzial voll ausgeschöpft werden und die Europäische Kommission muss die Mitgliedsstaaten stärker in die Verantwortung nehmen.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist der Ausbau erneuerbarer Energien. Der Anteil von Energie aus erneuerbaren Quellen, wie z.B. Wind, Sonne, Erdwärme, Wasserkraft und Biomasse soll nach dem sog. »20:20:20«-Beschluss auf mindestens 20 Prozent im Jahre 2020 erhöht werden. Dieser Beschluss von 2009 ist längst überholt. Es hat sich herausgestellt, dass in 2020 der Anteil an erneuerbaren Energien das 20 Prozent -Ausbauziel übertreffen wird und knapp die Hälfte der Mitgliedstaaten ihre nationalen Versprechen einlösen werden. Deswegen hat die Kommission eine neue Prognose erstellt, wonach nach heutigem Stand 20,7 Prozent des Energieverbrauchs im Jahr 2020 aus erneuerbaren Quellen stammen und 34 Prozent des Strombedarfs aus erneuerbaren Energien gedeckt werden. Die Betonung des – auch grenzüberschreitenden – Ausbaus der Stromnetze und der Netzinfrastruktur hätte noch deutlicher ausfallen müssen. Außerdem ist die Entwicklung und der Einsatz von Speichertechnologien voranzutreiben. Mit verlässlichen und stabilen Rahmenbedingungen für den zügigen Ausbau schaffen wir nicht nur Planungssicherheit für die Industrie, sondern auch eine massive Steigerung von Arbeitsplätzen in der Umwelttechnologie. Bei unserer Begeisterung, zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen zu können (CO₂ einzusparen und gleichzeitig die Arbeitslosenquote zu senken), müssen wir die Arbeitswelt auf den Strukturwandel vorbereiten. Das heißt, Arbeitskräfte umschulen, die in Industriezweigen mit hohem CO₂-Ausstoß beschäftigt waren.

Wenn wir über die verschiedenen Maßnahmen und unsere Ziele zur Reduzierung von CO₂-Emissionen sprechen, kommt meiner Ansicht nach ein Aspekt entweder zu kurz oder gar nicht vor: Die soziale Folgeabschätzung. Im Programm zur Europawahl haben wir beschlossen, dass sämtliche EU-Rechtsakte auf ihre sozialen Folgen für die Menschen in Europa überprüft werden müssen. Wir müssen auch in der Energie- und Klimapolitik auf die Verträglichkeit mit sozialen Aspekten achten. Die sozialen Folgen von Gesetzgebung im Bereich der Klima- und Energiepolitik blieben bisher eher im Dunklen. Energie- und Klimapolitik muss im Gleichklang von sozialen, ökonomischen und ökologischen Aspekten beurteilt und austariert werden. ■



NACHT AM SCHACHT

Unter dem Motto »RÜCKHOLUNG JETZT« veranstaltet die Initiative »aufpASSEn« am 14. Mai 2011 eine Nachtaktion am Atomklo Asse. Die Veranstaltung mit Musik, Speis und Trank beginnt um 18.00 Uhr am Parkplatz »Schachanlage Asse II«. Mit einer Lichterkette soll die Schachanlage umringelt werden. Niedersachsens SPD-Vorsitzender Olaf Lies und der lokale Landtagsabgeordnete Marcus Bosse haben ihre Teilnahme zugesagt, Sigmar Gabriel schickt sein »rollendes Bürgerbüro«.

Weitere Informationen unter www.aufpassen.org

tisch viel mehr vorantreiben als es bisher geschieht. Es muss verstärkt in Innovation, Forschung und Entwicklung sowie in eine zukunftsfähige europäische Infrastruktur, etwa in die Energienetze oder die Breitbandversorgung investiert werden. Ziel muss es sein, eine ökologische Industriepolitik in Europa durchzusetzen und dafür brauchen wir eine Forschungsoffensive bei Umwelttechnologien und erneuerbaren Energien.

Die Grundlage für europäische Initiativen in der Energiepolitik findet sich im Vertrag von Lissabon. Das bestehende Primärrecht ist um eine eigenständige Energievorschrift ergänzt worden. Die Umsetzung energiepolitischer Maßnahmen auf europäischer Ebene hat somit an Gewicht zugelegt, aber die Kompetenz hinsichtlich des Energiemix bleibt aus Gründen der Subsidiarität den Mitgliedstaaten überlassen. Es müssen aber zumindest einheitliche

vorwärts KULTURGUT

MORDEN IM NORDEN

Der geheimnisvolle Begriff Pitaval ist leider aus der Mode gekommen. Dabei hat kein Geringerer als Friedrich Schiller sich redlich bemüht, diese nach dem Franzosen Francois Gayot de Pitaval benannte Literaturgattung in deutschen Landen populär zu machen. Pitavale sind Sammlungen absonderlicher Kriminalfälle, die ursprünglich als Beiträge zur Rechtslehre gedacht waren. Zwischen 1833 und 1840 veröffentlichte Wilhelm F. Bischoff vier Bände über »Merkwürdige Criminal-Rechts-Fälle« aus dem Königreich Hannover. Nun hat Raimond Reiter im Miltzke-Verlag unter dem Titel »Morden im Norden« authentische Kriminalfälle zusammengetragen und nachbereitet, die sich von der Kaiserzeit bis in die Nachkriegsgesellschaft erstrecken. Dass Fritz Haarmann dabei eine tragende Rolle spielt, liegt auf der Hand, denn er ist als Mann mit dem Hackebeilchen Teil einer Populärkultur geworden, die mit der Lust am Gruseln spielt. Aber was ist »Ein geschichtlich wertvoller Todesfall?« oder

»Wer erstach den Polizeiwachtmeister Walter Meidt?«. Letzteres wird sich nach Reiters Erkenntnissen nicht mehr aufklären lassen. Erhellend sind allerdings die Umstände, die zur Tat führten und zur Verurteilung eines 18jährigen Arbeiters. Die Tat geschah am 16.9.1929, als Nazis mit Polizeischutz aus dem Arbeiterviertel Linden ins Zentrum von Hannover geleitet wurden. Nachdem der junge Mann 1930 aus Mangel an Beweisen freigesprochen worden war, hob das Schwurgericht 1934 das Urteil auf und erkannte auf 15 Jahre Gefängnis. Einen Antrag auf Wiederaufnahme verwarf das Landgericht Hannover 1950. Reiter gelingt es, die Zeit zwischen Tat, Verurteilung und Nichtwiederaufnahme in allen politischen Zuspitzungen lebendig werden zu lassen und gleichzeitig die Befindlichkeiten von Tätern und Opfern aufzuzeigen. Dieser Ansatz zieht sich durch den gesamten Pitaval. »Morden im Norden« ist so zu einem Zeitgeschichtsbuch des Tötens geworden. Eine lohn-



Fritz Haarmann (Mitte) mit Kriminalbeamten

Quelle: Bundesarchiv

de Lektüre gemäß der kriminalistischen Erkenntnis: »Wer das Helle verstehen will, sollte das Dunkle kennen«. ■ *lopo*

Raimond Reiter, Morden im Norden, Miltzke Verlag, Leipzig, 2011, 256 Seiten, 17,90 Euro

VORWÄRTS
RÄTSEL

Als ihn der »stern« in der Kolumne »Was macht eigentlich...« im Juni 2001 nach seinem letzten Wunsch fragt, lautet seine Antwort: »Frieden«. Er weiß, wovon er spricht, denn er lebt in einer »wiedervereinten«, gleichwohl geteilten Stadt, deren Bürgermeister er 28 Jahre lang ist. Zwischen 1965 und 1993 macht der hemdsärmelige Sozialdemokrat aus einer verschlafenen Grenzstadt eine Kulturmetropole von Weltrang. Das ist umso erstaunlicher, weil er ein ausgesprochener Linker ist und die Stadt eher rechts geprägt.

Geboren im ungarischen Dörfchen Nagyavazsony am 27. Mai 1911, war ihm linke Gesinnung nicht in die Wiege gelegt. Sein Vater, ein zionistisch gesinnter Banker, nimmt Theodor Herzl zum Vornamenspatron für seinen Sohn. Von 1918 bis 1935 lebt er in Wien und weigert sich beharrlich, dem Wunsch seine Vaters zu folgen und Banker zu werden. Stattdessen engagiert er sich in der zionistischen Jugendbewegung. Seine Auswanderung nach Palästina ist da nur konsequent.

1937 gründet er mit Gleichgesinnten den Kibbuz Ein Giv am Tiberias-See. 1938 geht er nach England, um junge jüdische Flüchtlinge auf das Kibbuz-Leben vorzubereiten. Nach dem »Anschluss« Österreichs reist er nach Wien und erreicht die Ausreise von 3000 jüdischen Jugendlichen. Sein Verhandlungspartner ist der spätere Organisator des Holocaust, Adolf Eichmann.

Als er am 2. Januar 2007 stirbt, wird weltweit um einen Bürgermeister getrauert, der für Frieden und Aussöhnung stand. Wer war's? Zu gewinnen gibt es seine Memoiren. ■ lopo
Die Lösung bitte an den vorwärts, Odeonstr. 15/16, 30159 Hannover

Im April war Simone de Beauvoir gesucht. Gewonnen hat Adele Swieter aus Wilhelmshaven.

SPD GUT AUFGESTELLT

Neue Vorsitzende in Braunschweig und Oldenburg

vorwärts: Vor welchen programmatischen Herausforderungen steht die SPD als Volkspartei?

Jürgen Krogmann: Derzeit steht -aus nachvollziehbaren Gründen- das Thema Zukunft der Energieversorgung ganz oben. Die SPD muss daneben aber die Frage der Solidarität innerhalb unserer Gesellschaft wieder in den Mittelpunkt der Diskussion stellen. Das macht sich unter anderem fest an Mindestlöhnen, Chancengerechtigkeit und guten, für alle bezahlbaren Lösungen bei Gesundheit und Pflege. Außerdem dürfen wir nie vergessen, dass gerade für die SPD eine erfolgreiche Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik immer zum Markenkern gehörte.

Bratmann: Der Begriff »Volkspartei« bedeutet für mich, dass wir als SPD die



Christoph Bratmann, Braunschweig

Hoffnungen, Sorgen und Ängste eines überwiegenden Teils der Bevölkerung kennen und programmatisch umsetzen. Dazu gehören natürlich die Angst vor sozialem Abstieg und vor ökologischen Katastrophen, sowie die Hoffnung auf gute Bildungschancen für den Nachwuchs, auf wirtschaftlichen Erfolg und auf funktionierende und zukunftsfeste soziale Sicherungssysteme. Programmatisch sind wir aus meiner Sicht hier gut aufgestellt.

Dass wir nach wie vor eine sehr lebendige demokratische Volkspartei sind, zeigt, dass schnelle taktisch bedingte Politikwechsel wie CDU und FDP sie gerade in der Atompolitik inszenieren, bei uns so nicht stattfinden. Bei uns spielen Überzeugungen und Grundwerte immer noch eine große Rolle, deshalb brauchen auch wir immer wieder offene Debatten darüber, wie wir den Herausforderungen

einer sich rasant ändernden Welt begegnen können. Hierzu müssen wir sozialdemokratische Politik wieder stärker als zusammenhängende Vision begreifen und kommunizieren.

vorwärts: Welche Schwerpunkte sollte die SPD in Niedersachsen deiner Einschätzung nach setzen?

Krogmann: Wir sind eigentlich schon auf einem guten Weg. In der Bildungspolitik sind wir mit der Kampagne »Gute Schule!« stark unterwegs. Auch die Pflegekampagne der Landtagsfraktion hat eine große Resonanz. Noch stärker in den Fokus rücken muss die Wirtschaftspolitik, die unter dem FDP-Wirtschaftsminister Bode ganz sicher kein Zuppferd der schwarz-gelben Landesregierung ist.

Das Lebensumfeld der Menschen können wir vor allem in den Kommunen gestalten. Wir müssen deshalb dafür sorgen, dass unsere Kommunen dazu auch in der Lage sind. Deshalb muss die SPD gerade im Jahr der Kommunalwahl die Wiederherstellung der Handlungsfähigkeit unserer Kreise, Städte und Gemeinden ganz oben auf die Tagesordnung setzen.

Bratmann: Als Lehrer fällt mir hier zunächst mal die Bildungspolitik ein: Längeres gemeinsames Lernen, mehr integrierte Gesamtschulen statt »Neuer Oberschule«, Ausbau von Ganztagschulen und die Umwandlung von Kindertagesstätten zu Familienzentren sind zentrale Punkte eines schlüssigen bildungspolitischen Konzepts, welches die schwarz-gelbe Landesregierung vermissen lässt.

Aber auch auf anderen Politikfeldern hat Niedersachsen eine deutlich bessere Politik verdient als wir sie zur Zeit erleben müssen. Hier sind vor allem die innere Sicherheit (Stichwort Polizeireform), die Umweltpolitik und die Wirtschaftsförderung zu nennen.

vorwärts: Was sind die Ziele der SPD bei der Kommunalwahl im September?

Krogmann: In Oldenburg wächst nach den teilweise chaotischen Jahren mit dem Zufallsbürgermeister Gerd Schwandner (parteilos, aufgestellt von der CDU) wieder der Wunsch nach einer verlässlichen Politik, die sich an den Bedürfnissen der Menschen orientiert. Deshalb wollen wir als SPD einen klaren Kurs fahren. Wir wollen ein chancengerechtes Bildungsangebot, wir wollen mehr Angebote für ältere Menschen und eine Stadtentwicklung, die sich an den Lebensentwürfen der Menschen ausrichtet. Oldenburg ist immer noch eine wachsende Stadt. Rückbau ist anderswo.

Das unterscheidet uns von vielen anderen Regionen in Niedersachsen. Darauf müssen wir Antworten finden. Bezahlbarer Wohnraum für alle, aber auch Flächen für Gewerbe und Arbeitsplätze



Jürgen Krogmann, Oldenburg

müssen geschaffen werden. Daneben werden wir uns weiter um Lärmschutz an der Bahnlinie zum Jade-Weser-Port bemühen, weil das Tausende von Anliegern in unserer Stadt betrifft. Das alles können wir nur anpacken, wenn wir am 11. September als SPD wieder stärkste Fraktion im Oldenburger Stadtrat werden. Das ist unser großes Ziel.

Bratmann: Ganz klar: es geht am 11. September darum, wieder stärkste Partei in Braunschweig zu werden und damit andere Mehrheitsverhältnisse im Rat der Stadt zu schaffen.

Braunschweig soll sich als attraktives Oberzentrum weiterentwickeln und Motor der regionalen Entwicklung sein. Was für Braunschweig gut ist, versuchen wir aber weniger aus Städterankings abzuleiten, sondern im permanenten Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern zu erfahren. Echte Bürgerbeteiligung heißt für uns nicht, alle paar Jahre mal eine groß angelegte Bürgerbefragung durchzuführen, sondern die Bürgerinnen und Bürger bei die Weiterentwicklung der Lebensqualität ihrer Stadt mit einzubeziehen.

Wir wollen, dass Braunschweig bekannt ist für eine gute Bildungsinfrastruktur, eine nachhaltige Stadtplanung (bei der die Aufenthaltsqualität und nicht das Prestige im Vordergrund steht), ökologische Vernunft, soziale Verantwortung sowie für erfolgreiche Wirtschaftsförderung und für dynamische Wissenschaft und Forschung. ■